

Unsere bürgerliche Verantwortung innerhalb der basisdemokratischen Partei Deutschland ist aktuell wichtiger denn je.

Aus meinen Recherchen zum Themenkreis „große Transformation“, „Great Reset“, **Agenda 2030**, Pandemie, Klima, **WEF**, Sustainable Development Goals (SDG's), etc. möchte ich Euch ein Thema näherbringen, das uns allen Motivation zum Weitermachen sein sollte:

Die Entwicklung deliberativer Demokratiemodelle in den letzten Jahrzehnten –

Basisdemokratie unter dem Aspekt der großen Transformation

Die große globale Transformation soll all unsere Lebensbereiche umfassen:

Energie
Finanzen
Gesellschaft
Familie
Ernährung
Landwirtschaft
Umwelt
Wohnen
Gesundheit
Bildung
Medien
Verwaltung

.....und selbstverständlich auch Politik, Staat und Regierungsform:



Auf den Punkt gebracht zielt die große Transformation auf eine straffere und effektivere Verwaltung (und damit Kontrolle) der Menschheit sowie *aller* globalen Ressourcen, z.B. Wasser- und Landnutzung.

Zu den neuen Verwaltungsstrukturen gehören u.a. **digitale Identität (ID2020)**, **Sozialkreditsystem**, **CO2 Konto** und **Gesundheitspass**, digitales programmierbares Zentralbankgeld (**CBDC**), Smart Cities/15 Minuten-Städte, Smart Meter, **5G**,etc., sowie ggf. eine Vereinheitlichung von Verwaltungsgebieten, durch z.B. Auflösung von Nationalstaaten in kontinentalen Gebieten, z.B. **EU**.

Nach meiner Recherche wird die große Transformation in jedem Fall auch eine Veränderung unseres politischen Systems umfassen, um die einschneidenden Umwälzungen des „Great Reset“ rechtssicher durch die Bürger selbst zu legitimieren.

Wie Ihr den unten folgenden Textpassagen entnehmen könnt, soll die Parteien-Demokratie vor diesem Hintergrund durch neue Demokratiemodelle mit direkter Bürgerbeteiligung ergänzt bzw. ersetzt werden.

Es stellt sich für uns Mitglieder daher die berechtigte Frage, inwieweit wir als dieBasis bereits Teil der Umsetzung der großen Transformation/des Great Reset bzw. der Agenda 2030 sind.

Dies sollte in jedem Fall offen diskutiert werden, um die geplante Entwicklung bewußt mit zu gestalten und unsere legitimen bürgerlichen Interessen zu wahren.

Ich begreife es als unsere grundlegende Verantwortung innerhalb der basisdemokratischen Partei Deutschland, die geplante Transformation der Demokratie in Richtung partizipativer und deliberativer Modelle unter dem besonderen Aspekt zu begleiten:

Den Übergang von einem manipulativen System in das Nächste zu verhindern und kommenden Generationen die Tür zur Freiheit weit offenzuhalten.

Parallel zur Entwicklung basisdemokratischer Verfahren müssen daher auch entscheidende Weichen in Hinblick auf die Zukunft unserer bisher garantierten bürgerlichen Rechte, z.B. Individualität, Selbstbestimmung, analoges Leben, Informationsfreiheit, Zensurfreiheit, Bildungsverantwortung und auch Eigentum (= Unabhängigkeit vom Staat) gestellt werden.

Unter dem Aspekt der jahrzehntealten Planung neuer Politik-Modelle können wir vielleicht die aktuellen Dynamiken, Machtkämpfe und Mobbing innerhalb der Partei besser zuordnen und gleichzeitig unsere Handlungsfelder als Mitglieder erkennen.

Umgangssprachlich „basisdemokratische“ Elemente wie z.B. Konsensfindung werden in der politischen Literaturdebatte unter dem Begriff **Deliberation** verwendet.

Die folgenden Passagen aus der politwissenschaftlichen Literatur haben mich veranlasst, dieBasis unter diesem neuen Aspekt zu beleuchten, und ich möchte diese Perspektive mit Euch teilen:

In den letzten 10 Jahren und gegenwärtig befinden wir uns hingegen in einer neuen Etappe: Die Formen der Deliberation haben ihren Modellstatus überwunden und sind Gegenstand einer breiten institutionellen Neuorientierung geworden. Es handelt sich um eine umfassende Debatte darüber, wie diese deliberativen Experimente in den politischen Systemen selbst verankert und verstetigt werden können. Das bezieht sich z.B. auf eine unübersehbar gewordene Zahl von Kommunen, die „Leitlinien“ für eine institutionelle Bürgerbeteiligung verabschieden, aber auch auf eine wachsende Zahl von Landesregierungen, die – wie z.B. Baden-Württemberg – eigene Staatsrät:innen für Bürgerbeteiligung ernennen oder wie Nordrhein-Westfalen mit seinem Aktionsprogramm OPEN.NRW. Und selbst der Bundestag von 2021 unter Wolfgang Schäuble und die Ampel-Regierung von 2022 in ihrem Koalitionspapier engagierten sich für eine dauerhafte institutionelle Verknüpfung von parlamentarischer und deliberativer Repräsentation.

Die Herausbildung deliberativer Politik in der Repräsentation – ein Essay

Hans J. Lietzmann

Die weiteren Auszüge aus o.g. Essay verdeutlichen die **Beweggründe eines politischen Wandels, zu dessen Keimzelle möglicherweise die Basis bestimmt ist**

(wie im Rückblick vor Jahrzehnten die Grünen Wegbereiter für die Umsetzung der heutigen „Klima-Agenda“ wurden).

Der Autor beschreibt weiter:

Im Kern zielt das Argument auf Folgendes ab: **Deliberation**, hier bezogen auf konkrete Formate wie *Planungszellen*, *Bürgerräte*, *Citizens Juries* oder *Deliberative Polls*, **ist eine Wandlungsform, ein Entwicklungsschritt von Repräsentation**. Dabei argumentiere ich, dass derartige Partizipations- und Beratungsformate auf Erwartungen, Bedarfe und Imaginationen der politischen Gesellschaft reagieren; und in dem Sinne nicht (allein oder zuvorderst) aus dem Versagen von Institutionen. Ich begründe (und „erzähle“) **politische Deliberation politisch-soziologisch und „bottom-up“ als gesellschaftlichen Prozess**, während die Debatte um deliberative Verfahren häufig von einer institutionellen „top-down“-Perspektive bestimmt wird. Ich zeige, wie **Deliberation als eine Form repräsentativer Politik** Einzug in das Denken und Handeln der Menschen gehalten hat („doing politics“, „doing representation“, s. o.), **ganz ähnlich wie sich politische Parteien einstmals als eine andere Form repräsentativer Politik etabliert haben.**

Die der angestrebten Transformation des demokratischen Modells **zugrundeliegende Problematik ist die schwindende Legitimation des bestehenden Parteiensystems durch kontinuierlichen Vertrauensverlust in der Bevölkerung:**

politischen Institutionensysteme immer nur und auch nur so lange existieren, wie sie von den Repräsentierten anerkannt werden (vgl. Diehl, 2016). Den Institutionen werden dann (*bottom-up*) symbolisch die funktionalen und auch die identifikatorischen Eigenschaften zugeschrieben, die ihre Legitimation begründen. Und umgekehrt gründet sich ihre Repräsentativität und darin ihre funktionale Legitimität darauf, dass sie in ihrer realen Darstellung (*top-down*) an den gesellschaftlich-imaginären Vorstellungen anknüpfen. Und damit die politischen Institutionen praktisch werden können, d.h. damit politische Entscheidungen in der Gesellschaft durchsetzbar werden, bedarf es dieser funktionierenden Korrespondenz aus Symbolkraft und Imagination. Wenn also in der politischen Praxis davon die Rede ist, man suche Akzeptanz (in der Energiewende, in der Pandemiepolitik, in der Europapolitik, etc.) und man wolle „die Menschen mitnehmen“, dann ist von dieser voraussetzungsvollen Dynamik die Rede.

Die „große Transformation“ / der „Great Reset“ / Umsetzung der Agenda 2030 bedarf aufgrund seiner disruptiven Auswirkungen einer rechtssicheren Legitimation durch die Bevölkerung selbst:

(WGBU, Welt im Wandel, Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, 2011):



Zur institutionellen Fragmentierung kommt das Problem der mangelnden Kohärenz und Koordination (Scharpf, 1993; Mayntz, 1997; Blanke et al., 2002). Eine wirkungsvolle Strategie der Transformation verlangt nach einer neuen „Politik aus einem Guss“. In einer nachvollziehbaren, aber sachlich problematischen Art der Konfliktvermeidung bzw. Lösung verfährt die moderne Politik aber eher nach der Maxime des „allen Wohl und niemandem Weh“. Indem alle Interessen mehr oder weniger bedient werden, führt dies beispielsweise dazu, dass Deutschland massiv den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreibt und daneben weiterhin fossile und konventionelle Energieträger fördert. Dadurch wird der Ausbau der erneuerbaren Energien erschwert und das politische Ziel einer echten Energiewende verwässert.

Eine weitere Blockade ergibt sich daraus, dass Politiken einzelner Ressorts mangelhaft abgestimmt sind. Transformationspolitik kann natürlich nicht Aufgabe eines einzelnen Ressorts sein, sondern muss in allen Regierungszweigen systematisch berücksichtigt werden (Giddens, 2009). Mittlerweile sind zwar viele staatliche Stellen mit Klimaschutz und Dekarbonisierung

5.3.1.4

Repräsentationsdefizit und mangelnde Akzeptanz

Ein von Bürgern empfundenes Defizit an Beteiligung – unabhängig davon, ob dieses rechtlich besteht – kann ein weiteres wesentliches Hindernis bei der Umsetzung der Transformation sein und zu mangelnder Akzeptanz führen. Es zeigt sich ein wachsendes Repräsentationsdefizit politischer Systeme, die nicht in der Lage sind, umwelt- und klimapolitisch motivierte Ansprüche und Erwartungen wachsender Wählerschichten zu erkennen, zu bündeln und programmatisch umzusetzen. Gleichzeitig steigt die Bereitschaft der Bevölkerung „von unten“ und vornehmlich außerparlamentarisch tätig zu werden. Stimmungslagen zugunsten einer nachhaltigen Umwelt- und Klimapolitik – wie sie u.a. durch die Daten des World Values Survey (2010) dokumentiert werden (Kap. 2) – bleiben daher häufig im „vorpolitischen“ Raum. Was fehlt ist demnach die adäquate Bündelung und Vertretung auf der parlamentarischen Ebene und weitere Möglichkeiten, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger produktiv einzubringen (Kap. 5.4).

kaum demokratische Legitimation beanspruchen. Die Anerkennung und Umsetzung der planetarischen Leitplanken zur Erhaltung der Lebensgrundlagen im politisch-wirtschaftlichen System kann daher nicht über autoritäre Ordnungspolitik erfolgen, sondern muss sich langfristig auf breite öffentliche Zustimmung stützen (Kap. 5.4.1.2). Der öffentliche Anschein einer nicht legitimierten Politik kann im Gegenteil den Erfolgsaussichten einer transformativen Politik enorm schaden (Nullmeier und Dietz, 2010; Leggewie, 2010).

Hingegen ist die Problemlösungsfähigkeit autoritärer Systeme bzw. Verfahren im Rahmen der erforderlichen Transformation keineswegs empirisch gesichert (Kasten 5.3-1). Die Große Transformation kann nur gelingen, wenn die Systeme innovative Lösungen hervorbringen und sich möglichst viele Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen an ihr beteiligen. Sie ist auf aktive, interessierte und verantwortungsbewusste Bürger angewiesen. Nur eine offene, demokratische Gesellschaft ist in der Lage, die Art von Kreativität und Innovation zu entwickeln, die die Transformation erfordert. Es geht also nicht darum ob, sondern wie die Transformation demokratisch gelöst wird. Die Hauptprobleme liegen im Zeitdruck und im grenzüberschreitenden Charakter der Großen Transformation. Da demokratische Verfahren unweigerlich Zeit konsumieren, muss unverzüglich mit der politischen Umsteuerung begonnen werden.

Für die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft mangelt es nicht an politischer Programmatik (policies, Politikfelder), die Probleme liegen im politischen Prozess (politics, politischer Wettbewerb und Machtkampf). Es geht nun darum, diese Blockaden, die den Wandel behindern, in nationalen Systemen und auf globaler Ebene zu überwinden, politische Verfahren zu

Im Papier des Umweltbundesamtes „**Nachhaltiges Deutschland 2030 bis 2050 – Wie wollen wir in Zukunft leben?**“ von **2015** werden mehrere Transformationsfelder auch in der Politik beschrieben:

5.2 Steuerungsakteure

Akteure (Staat, Zivilgesellschaft, Unternehmen): Was die Steuerungsakteure angeht, wird in der Governance-Debatte betont, dass die hierarchische Regelsetzung, die traditionell im Zuständigkeitsbereich der Nationalstaaten und zwischenstaatlichen Organisationen lag, **von neuen nicht-hierarchischen Regelungsformen ergänzt wird und somit eine Vielzahl an Akteuren bei Politikentscheidungen und der Durchsetzung von Politik beteiligt sind** (Pattberg 2004; Zürn und Joerges 2005; Mayntz 2008; Zürn 2008, Bache und Flinders 2004; Dingwerth und Pattberg 2006:191). Gesellschaftliche Akteure stellen vermehrt sowohl inhaltliche als auch prozedurale Ansprüche an das Regieren jenseits des Nationalstaates, das heißt Ansprüche an die Gestaltung der Institutionen und Entscheidungsprozesse transnationalen Regierens (Zürn, Binder, Ecker-Ehrhardt et al. 2007:149). So kooperieren private Akteure – NGOs, Unternehmen, Zivilgesellschaft – teils ohne Zutun von Regierungen, um Standards und Regeln zu etablieren (z.B. Zertifizierungsstandards für nachhaltige Holznutzung, Fischfang etc.) (Biedermann 2006:2). Auch gibt es Partnerschaften zwischen staatlichen und privaten Akteuren (Börzel und Risse 2002; Lenox und Nash 2003).

Noch deutlicher wird das Umweltbundesministerium in seiner Studie

Bundesrepublik 3.0 aus 2019:

Kurzbeschreibung

Das Projekt erfasst und bewertet die Potenziale existierender Partizipationsformate für die **Transformation des politischen Systems zu einer kooperativen und deliberativen Demokratie**. Angestrebt wird kein Alternativentwurf zu einer repräsentativen Demokratie, sondern Empfehlungen für eine Ergänzung dieser Regierungsform durch kooperative und deliberative Elemente, die der gesellschaftlichen Forderung nach einem „Mehr an Beteiligung“ Rechnung tragen. Den Hintergrund für die theoretische Reflexion bildet die normative Annahme, dass **die Öffentlichkeit nicht nur an Wahlprozessen beteiligt sein soll, sondern auch an der Entscheidungsvorbereitung und der Abwägung von kollektiv verbindlichen Handlungsoptionen**, von deren Konsequenzen sie in ihrem Lebensumfeld betroffen sein werden.

Anhand der Ergebnisse des Projektes ergeben sich Anknüpfungspunkte für zukünftige Vorhaben auf zwei Ebenen. Die Partizipationsmatrix bietet auf der Verfahrensebene gute Möglichkeiten zur Kombination und Rekombination einzelner Verfahren wie auch Verfahrensbestandteile. Die Politikempfehlungen zeigen weitergehend konkrete Wege für die Umsetzung einer **neuen Partizipationskultur durch Politik und Verwaltung im Sinne eines neuen Mainstreamings von Partizipation**. Diese sprechen sich im Kern dafür aus, mehr Beteiligung zu wagen, ja, eine „Kultur der Beteiligung“ zu etablieren. Diese ist jedoch an Voraussetzungen gebunden, die ebenso aufgeführt werden. Der institutionelle Unterbau einer solchen Beteiligungskultur wird letztlich in einem Mainstreaming von Partizipation auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung lokalisiert.

► Zunehmende Entfremdung zwischen Bürger*innen und Politik

Zeitgleich ist jedoch zu beobachten, dass sich staatliches Handeln von gesellschaftlichen Mitwirkungsbedürfnissen entfernt. Sinkende politische Responsivität (viele Bürger*innen sehen ihre Interessen nicht vertreten), mangelnde Rückkopplung zwischen Politik und Gesellschaft, Probleme politischer Stellvertretung in einer zunehmend pluralen Gesellschaft und ein fehlender handlungsorientierter und lebensweltlicher Zugriff auf den politischen Betrieb nähren das Misstrauen in den Staat und in die repräsentative Demokratie als Staatsform. Als Auswirkungen zeigen sich Parteienverdrossenheit (abnehmende Wahlbeteiligung und parteienbezogene Aktivitäten), zunehmenden Protestbewegungen (u. a. Stuttgart 21, Occupy Wall Street, Gelbwesten) und die Stärkung populistischer Parteien (vgl. Nanz, Leggewie 2016; Crouch 2004). In der gegenwärtigen „Postdemokratie“ (Crouch 2004) fehlt ein positiv resonantes Verhältnis zwischen Bürger*innen und staatlichen Institutionen und Repräsentant*innen. Durch dieses mangelnde Verhältnis sehen sich Bürger*innen vornehmlich als Adressat*innen und Empfänger*innen, jedoch nicht als gestaltende politische Subjekte (vgl. Rosa 2016:378).

(Beachtenswert oben: die Formulierung „Postdemokratie“ bereits 2004)

Doch wo es „Anerkennungsdynamiken“ gibt, dort gibt es auch „Aberkennungszyklen“. Es gibt den Verlust von Anschlussfähigkeit der bestehenden institutionellen Praxis an die gesellschaftlichen Erwartungen. Es kommt zu einer politisch-kulturellen Entfremdung zwischen den tradierten Formen der Repräsentation und der sozialen Praxis. Die Menschen erkennen sich in den Entscheidungsabläufen der repräsentativen Politik nicht mehr wieder und verstehen die politischen Institutionen nicht mehr als einen adäquaten Ausdruck der gesellschaftlichen Lebenswelt und ihrer eigenen Lebenspraxis. Der repräsentative Status quo wird „weltfremd“ und die lange Zeit akzeptierte „Szenographie“ (Hénaff, 2014, S. 93) der Repräsentation verblasst. „Die Politik“ wird fragwürdig. Das scheint in der jeweiligen Situation dramatisch und tritt als „populist moment“ in den Vordergrund (Urbinati, 2019); es erscheint der traditionalistischen Sicht auf das politische System ganz und gar „unvernünftig“. Und es ist doch eine durchschaubare und ebenso erwartbare Entwicklung des politischen, des sozio-kulturellen Prozesses. Die alten Formen der Repräsentation erscheinen nicht mehr als Ausdruck der Gesellschaft und die Struktur des politischen Entscheidungsprozesses erfindet sich affektiv neu. Die gewandelte politische Mentalität und die politische Kultur der Gesellschaft kollidieren mit ihren Institutionen. Dabei ist es die Repräsentation selbst, die als sozialer Prozess neue Sichtweisen, neue Szenarien, auch neue Bühnen mit neuen Akteuren entwickelt. Die Repräsentation selbst ist Teil (sie ist Ergebnis) der sozialen Dynamik – sie ist „doing representation“ im Sinne einer politischen Kulturtechnik. Im Rahmen dieser Kulturtechnik erfindet sich die politische Gesellschaft politisch und sozial neu. Sie entwickelt eine neue Lesart von Repräsentation, eine neue Lesart und Sichtbarkeit von sich selbst. Das alles geschieht in einem hybriden Modus aus Rationalität und Emotionalität (dazu Lietzmann, 2018; 2019).

Unsere Welt ist im rapiden Wandel. Daher geben Softwarefirmen in immer kürzeren Abständen neue Versionen ihrer Produkte heraus. Unternehmen und Organisationen initiieren große Change-Prozesse, um sich den verändernden Umständen anzupassen. Ganze gesellschaftliche Felder sind im Umbruch: Energie, Mobilität, Umweltschutz, Klimawandel, Demographie, soziale Sicherungssysteme, Digitalisierung, Globalisierung, neue Konstellationen in der globalen Politik. Überall stehen wir vor oder inmitten massiver Veränderungen.

Wäre es da nicht notwendig, gar geboten, dass sich auch unser politisches System mit entwickelt?

Mit dieser Studie tragen wir¹ zur Entwicklung einer neuen Version des parlamentarisch-repräsentativen Systems der Bundesrepublik bei. Kleine Adaptionen und Ergänzungen nach dem Komma scheinen uns angesichts der Herausforderungen (siehe Kapitel 3) nicht auszureichen. Sie würden das Auseinanderdriften zwischen den Ansprüchen der Bürger*innen und ihrer Lebenswelten und einem politischen System, das für diese Lebenswelten Antworten liefern muss, nicht mehr verhindern. Ein nicht-lernender, nicht-adaptiver und sich nicht-wandelnder Politikbetrieb würde jedoch disruptive Krisen und politische Katastrophen wie den Brexit oder das Zurückfallen auf populistische Politik nur befördern. Nicht-Handeln wäre in dieser Situation fahrlässig. Gleichzeitig wollen wir das grundsätzliche System der Bundesrepublik erhalten, schützen und stärken. Wir sehen deshalb die Notwendigkeit zu einer neuen Version des politischen Systems der Bundesrepublik, zu einem Weiterzählen vor dem Komma. Um die Größe dieses Wandels zu verdeutlichen haben wir die 3.0 gewählt. 1.0 ist die Bonner Bundesrepublik. 2.0 ist die Berliner Bundesrepublik. 3.0 wäre die partizipative Bundesrepublik.

3.1 Gegenwärtige gesellschaftspolitische Herausforderungen

Die dargestellten gesellschaftspolitischen Herausforderungen begründen, warum neue Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen, etabliert und gelebt werden sollten. Entsprechend bilden sie die Ausgangsbedingungen für die Entwicklung eines wirksamen und bedarfsgerechten nationalen Beteiligungskonzeptes und sinnvoller partizipativer Handlungsstrategien auf Bundesebene.

► Grenzen staatlicher Steuerungsfähigkeit

Die Grenzen staatlicher Steuerungsfähigkeit im Umgang mit gegenwärtigen Herausforderungen wie z. B. Digitalisierung, Klimawandel, Energiewende, Migration, soziale Spaltungen und Armut werden zunehmend deutlich. Die gesellschaftlichen Zukunftsfragen sind zu komplex, als dass sie im aktuellen Politikmodus gelöst werden können (vgl. Kegelman 2016). Der Umgang mit ihnen kann nicht nur von oben delegiert, sondern muss gesamtgesellschaftlich verantwortet und organisiert werden. Die Notwendigkeit des Zusammenspiels vielfältiger Akteur*innen mit unterschiedlichen Perspektiven und Kompetenzen im Umgang mit gesellschaftspolitischen Herausforderungen zeichnet sich verstärkt ab. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat bereits 2011 den „gestaltenden

⁴ Der Workshop hat im Januar 2019 am IASS in Potsdam mit Hanna Ehlert (Institut für Partizipatives Gestalten), Martina Eick (Umweltbundesamt), Prof. Dr. Hermann K. Heußner (Hochschule Osnabrück), Roman Huber (Mehr Demokratie e.V.), Prof. Dr.

demokratische Verfahren erforderlich, die so gestaltet sind, dass sowohl gute inhaltliche Antworten auf offene Zukunftsfragen entwickelt als auch Selbstwirksamkeits- und Resonanzerfahrungen möglich werden, die einer Entfremdung zwischen Gesellschaft und Politik entgegenwirken, das Vertrauen in die repräsentative Demokratie sowie den gesellschaftlichen Zusammenhang stärken. Eine intelligente Verflechtung von repräsentativ-parlamentarischen, partizipativen und direkten Politikelementen ist dazu notwendig; die politische Verantwortung zur Gestaltung von gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wird damit auf mehrere Akteursgruppen verteilt und die Aufrechterhaltung der Gewaltenteilung sichergestellt.

Unsere Studie vertritt die These, dass durch neue partizipative Konzepte aktuellen demokratischen Funktionsdefiziten entgegengewirkt werden kann. Partizipation kann eine Vermittlungsfunktion zwischen Bürger*innen und Politik als auch innerhalb der Gesellschaft einnehmen und dadurch Entfremdung, Misstrauen und zunehmenden gesellschaftlichen Spaltungen entgegenwirken. Unter Einbeziehung vielfältiger Perspektiven, Kompetenzen und Erfahrungen kann Partizipation zu einer robusten Entscheidungsgrundlage führen und somit ein essenzieller und schlussendlich ressourcensparender Prozessbaustein einer zukunftstauglichen repräsentativen Demokratie sein.

Eine Institutionalisierung politischer Partizipation gemäß dem in dieser Studie vorgeschlagenen Konzeptentwurf, führt zu einer neuen Version der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik. Sie ermöglicht einer offenen und liberalen Gesellschaft im 21. Jahrhundert, sich agil, innovativ und nachhaltig den Veränderungen in der Welt anzunehmen, diskursiv gesamtgesellschaftliche Ziele zu formulieren, Antworten zu suchen und verantwortlich mitzugestalten.

Das Umweltbundesamt schreibt zu seinem Projekt Nachhaltiges Deutschland in Texte 58/2015

UBA Texte Was sind Transformationen? Begriffliche und theoretische Grundlagen zur Analyse von gesellschaftlichen Transformationen

Kurzbeschreibung des Projekts Nachhaltiges Deutschland 2030 bis 2050

Das Vorhaben Nachhaltiges Deutschland 2030 bis 2050 verfolgte die folgenden Ziele:

- den aktuellen Forschungsstand zu gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Zukunftsvisionen für ein nachhaltiges Deutschland im Zeitraum von 2030 bis 2050 im Hinblick auf Anknüpfungspunkte für eine Weiterentwicklung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung auszuwerten.
- eine auf langfristige politische Zielstellungen ausgerichtete und in einem breit angelegten gesellschaftlichen Beteiligungsprozess ausgehandelte Vision für ein Nachhaltiges Deutschland 2030 bis 2050 zu entwickeln,
- unter verschiedenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Akteuren ein gemeinsames Verständnis zu schaffen, welche übergeordneten und spezifischen Ziele dafür erreicht werden müssen,
- Vorschläge für politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wie das BMUB und ggf. weitere politische Institutionen die Akteure bei der Umsetzung effektiv unterstützen können.

1 Einleitung

Viele Akteure im politischen Diskurs in Deutschland heben die Notwendigkeit einer umfassenden Transformation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hervor, um den Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden. Es wird dabei von einer „Dritten industriellen Revolution“ (z.B. der damalige Bundespräsident Köhler oder der ehemalige Umweltminister Gabriel), von einer „Großen Transformation“ (WBGU 2011) oder einem „Green New Deal“ (z.B. Heinrich-Böll-Stiftung) gesprochen. Die deutsche Energiewende wurde von der Bundesregierung als großes nationales Gemeinschaftsprojekt eingeordnet. Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Legislaturperiode mit einem fraktionsübergreifenden Beschluss eine Enquete-Kommission zum Thema Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität eingesetzt, in der Optionen einer weitgehenden Umgestaltung des Wirtschaftssystems erörtert werden. Auch im Vorfeld der Rio+20-Konferenz haben zahlreiche Institutionen und Autoren Zukunftskonzepte und Leitbilder entwickelt, um damit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung Richtung und Antrieb zu geben.³

In jedem Fall stellen Transformationsprozesse erhebliche Anforderungen an die Leistungsfähigkeit politischer Systeme. Konflikte, die mit einer Transformation einhergehen, werden auch im staatlichen System gespiegelt. Entsprechend sind politische Systeme (etwa wegen verteilter Zuständigkeiten) nicht frei, beliebige Ziele zu verfolgen und die für deren Erreichung notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Stattdessen sind Ziele und Instrumente das Ergebnis von Aushandlungsprozessen und Kompromissen. Inwieweit Nachhaltigkeits- und Umwelterfordernissen dabei Rechnung getragen wird, hängt von den entsprechenden Kapazitäten ab (Jacob, Volkery 2006). So wird teilweise in dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen eine neue Basisfunktion moderner Staatlichkeit gesehen, die gleichrangig zu der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit und der Sicherung sozialen Ausgleichs steht (u.a. Jänicke 2007). Einige Autoren betonen die Notwendigkeit von Reflexivität, um den immer neuen Anforderungen gerecht zu werden und Anpassungen vorzunehmen (Meadowcroft 2005; Weiland 2012). Weiterhin ist festzuhalten, dass eine auf Transformation zielende Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern begründungspflichtig ist, nicht zuletzt weil diese sie als sogenannte *change agents* umsetzen sollen (Leggewie 2010). Wenn neue Vorgaben nicht akzeptiert und nicht in das Alltagsleben übersetzt werden, bleiben diese entweder folgenlos und die Transformation bleibt aus oder den Regierenden wird bei den nächsten Wahlen die Zustimmung entzogen. Hier zeigt sich somit besonders deutlich, wie wichtig der Wandel hin zu einer Governance ist, welche auch nichtstaatliche Akteure einbezieht.

Weitere Aspekte über die Hintergründe der neuen Bürgerbeteiligung finden sich im Aufsatz „Empowerment in Transformationsarenen“

(Steven Engler, Julia Janik, Matthias Wolf (Hg.) Energiewende und Megatrends, 2020

Das Partizipative Reallabor

Modell und Methodik

Das Partizipative Reallabor stellt einen handlungspraktischen Ansatz von Empowerment zur und in der politischen Beteiligung an der »Großen Transformation zur Nachhaltigkeit« dar. Als eine innovative Forschungsmethode im Sinne von Citizen Science und ein partizipatives Instrument zur dialogischen Bürgerbeteiligung an der Gestaltung der Energiewende, wurde diese Methode im Forschungsverbund des Virtuellen Instituts »Transformation – Energiewende NRW« entwickelt und in der Praxis mehrfach erprobt. Grundlegend für diese Vorgehensweise ist die Annahme, dass die Energiewende immer zugleich auch komplexe gesellschaftliche Wandlungsprozesse erfordert, die als solche der sozial-räumlichen Kontextualisierung und der partizipativen Gestaltung bedürfen.

Dem Reallabor-Ansatz folgend sollen jene Transformationsprozesse gezielt angestoßen und auf experimentelle Art und Weise sowohl wissenschaftliche als auch gesellschaftliche Lernprozesse in einem räumlich abgegrenzten gesellschaftlichen Kontext gefördert werden (vgl. z.B. Schneidewind/Singer-Brodowski 2014; Parodi et al. 2016; Ukowitz 2017; Wuppertal Institut 2019).

Die Einführung institutionalisierter Mitbestimmung von Bürgern ist, wie wir sehen, lange vorausgedacht und stellt die Frage in den Raum:

ob die Basis als „Reallabor“ gedacht werden könnte, um verschiedene Verfahren eines neuen Politikbetriebes auf Funktionalität in der Praxis zu erproben?

Empowerment in Transformations-Arenen 241

Empowerment im Partizipativen Reallabor: Normative Rahmung

Aus emanzipatorischen, legitimatorischen sowie auch aus Gründen gesteigerter Effektivität⁶ soll mit der Beteiligungsmethode eine größtmöglich inklusive und repräsentative politische Beteiligung der Bürgergesellschaft erreicht werden.

Völlig klar wird der Sinn der Notwendigkeit dieser Legitimation benannt:

Der Einbezug der Bürger über politische Partizipation minimiert die Gefahr, daß Proteste die Umsetzung gefährden.

Empowerment-Konzepte sind für die transformative Forschung zu Energiewende- und Nachhaltigkeitsthemen besonders gut geeignet, um einen sozial ausgleichenden egalitären Zugang zu diesen politisch hochaktuellen Themen zu finden. Für die Umsetzung der Energiewende ist der Einbezug aller Bevölkerungsgruppen und Milieus grundlegend, da sie (1) ideell als Gemeinschaftswerk verstanden wird und (2) der Einbezug die Gefahr minimiert, dass Proteste die Umsetzung gefährden oder die sozialen

Ungleichheiten vertieft werden. Empowerment-Konzepte eignen sich daher unserer Ansicht nach, um dem Megatrend Soziale Disparitäten im Energiewendeprozess und breiter – in der Großen Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit – reflektiert zu begegnen.

Soll Partizipation – auch in der Transformation zur Nachhaltigkeit – nicht bloß instrumentell verstanden werden, sondern als ein wesentliches Prinzip und Voraussetzung für ihre erfolgreiche Umsetzung, muss Empowerment als Leitsatz zur Gestaltung von Partizipationsprozessen anerkannt und in seiner politischen Dimension als zentrale Strategie Einzug in Theorie und Praxis erhalten. Hierdurch eröffnet sich nicht zuletzt ein enormes Potential auch für ökologische Transformationsprozesse, die auf diese Weise ebenfalls »empowered« werden können.

Zusätzlich beinhaltet der Prozess der bürgerlichen Beteiligung kontrollierte Informationen über „unabhängige Experten“.

Aktivierung zur individuellen und kollektiven Wissensproduktion

Der Erwerb von unterschiedlichem, pluralem Fachwissen stellt einen grundlegenden Schritt im Empowerment-Prozess im Kontext des Partizipativen Reallabors dar. Wie auch die parlamentarischen Gremien der Stadträte, Land- und Bundestage in ihren Anhörungen und Ausschüssen, so bedürfen auch die Bürger*innen Fachwissen für ihre Gutachtertätigkeit.

Zu jedem einzelnen Themenbereich werden Fakten- und Sachwissen durch Vorträge verschiedener Expert*innen verständlich aufbereitet und aufgebaut. Mit ihnen wird das Interesse am Thema geweckt, gesteigert

Diese Methodik läuft auf einen Prozess hinaus, der allgemein als DELPHI-Methode bekannt ist.

Auf die Delphi-Methode wurde ich zuerst durch das Buch „*behind the green Mask*“ der Amerikanerin Rosa Koire aufmerksam, die darin ihre Erfahrungen mit der Umsetzung der Agenda 21 in USA ab 2005 beschreibt.

Ich möchte jedem ans Herz legen, das Buch zu lesen, oder zumindest die gekürzte Teil-Übersetzung,

<https://wissenistdiebasis.blog/2023/08/21/behind-the-green-mask/>

IMPROVING THE RELIABILITY OF ESTIMATES OBTAINED FROM A CONSENSUS OF EXPERTS

Bernice Brown*

Olaf Helmer

The RAND Corporation, Santa Monica, California

Introduction

This is a report on the outcome of an experiment in the use of expert opinions. The experiment involved both the so-called Delphi technique, which seeks to induce opinion convergence through a sequence of questionnaires interspersed with controlled opinion feedback, and the computation of a consensus based on self-appraised competence ratings.

By way of a preface to our report, we would like to

SUMMARY

This paper gives an account of an experiment in the use of the so-called DELPHI method, which was devised in order to obtain the most reliable opinion consensus of a group of experts by subjecting them to a series of questionnaires in depth interspersed with controlled opinion feedback.

In diesem Beitrag wird ein Experiment zur Anwendung der so genannten Delphi-Methode beschrieben, die entwickelt wurde, um den zuverlässigsten Meinungskonsens einer Gruppe von Verbrauchern zu ermitteln, indem diese einer Reihe von Fragebögen mit kontrolliertem Meinungsfeedback unterzogen wurden.

Die DELPHI Methode wird seit 1962 von der RAND-Corporation entwickelt.

Die manipulativen Möglichkeiten der Ergebnissteuerung über gezielte Moderation und Informationskontrolle sind dabei unübersehbar.

Für uns Bürger stellt sich also nicht nur die simple Frage, welches Software-Programm für Basisdemokratische Konsensprozesse am geeignetsten ist.

Darüberhinaus ist wichtig, wie eine mögliche Manipulation des Prozesses durch Selektion der Teilnehmer, Moderation, Information und Zensur verhindert werden kann.

Ebenso sollten die Grenzen des Zugriffs, durch egal welches Kollektiv, auf unsere Selbstbestimmung und individuellen bürgerlichen Freiheitsrechte klar definiert und rechtlich verbindlich abgesichert werden.

Bürgerliche Partizipation für die Umsetzung der großen Transformation findet sich natürlich analog auch in den Transformationsplänen des WEF.

Durch die Kooperationsvereinbarung des WEF mit den SDG's wurden die 17 Ziele außerdem zu lukrativen neuen Geschäftsfeldern des „Stakeholderkapitalismus“.

Ein Grund, warum uns Gender und Klima nahezu überall begegnen ist, daß die Kooperationsverträge die Stakeholder dazu verpflichten, alle Ziele öffentlich zu bewerben.

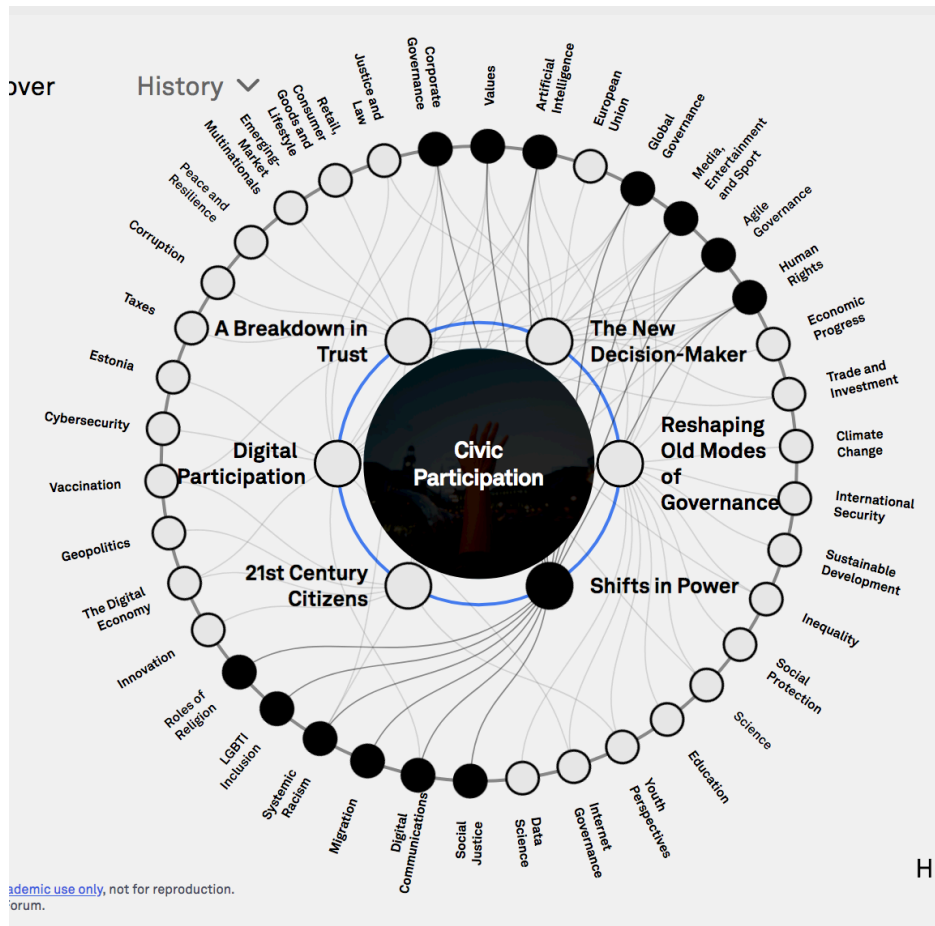
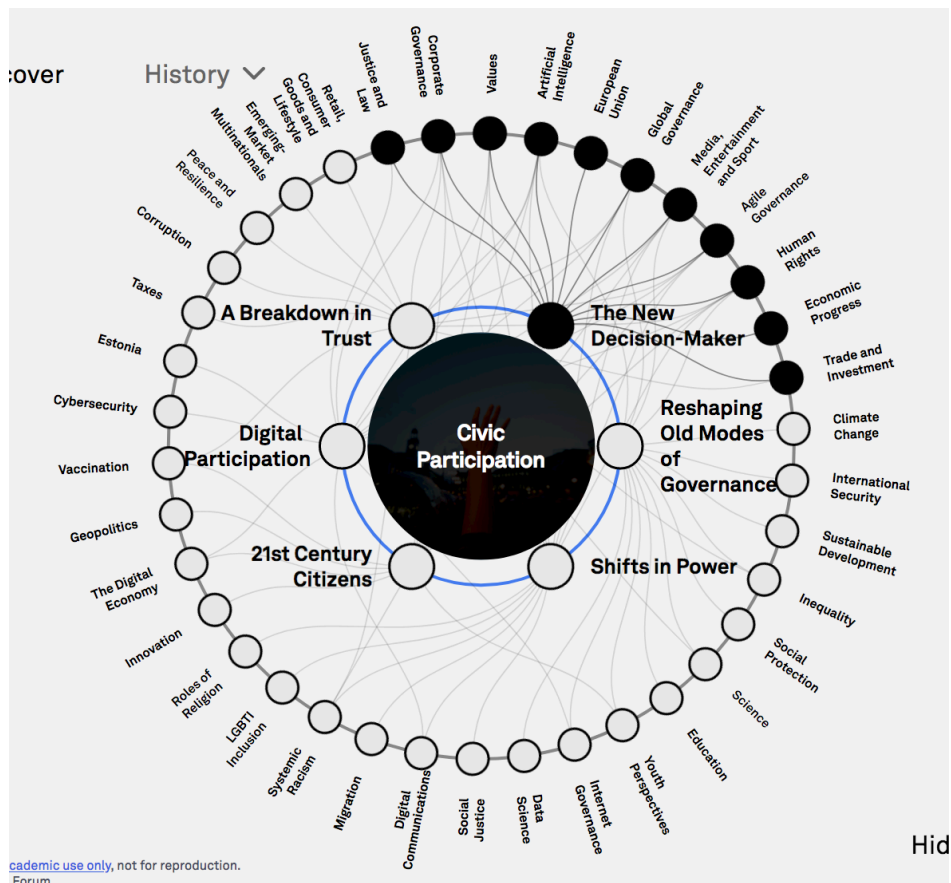


Abb: Die Transformation Maps des WEF im Bereich Civic Participation: „Shift’s in Power“ und „the New Decision-Maker“



Civic Participation: A Breakdown in Trust

Curation: Missions Publiques

From fake news to political incivility to a lack of representation, there is a vicious cycle of mistrust

The exclusion of particular populations from decision-making has become a pivotal factor in the erosion of trust. This denial of representation and voice fosters a deep-seated skepticism of authority - and among traditionally marginalized groups like young people and women, there's now a palpable sense of political disengagement that points to an urgent need for more inclusive governance taking into account diverse perspectives and experiences. Meanwhile, a perception of political ineptitude of elected representatives

Das WEF beschäftigt sich mit den gleichen Fragen zur Zukunft der Demokratie: Dem Vertrauensverlust in die bestehenden politischen Systeme soll mit einer Mehrbeteiligung der Bürger entgegengewirkt werden.

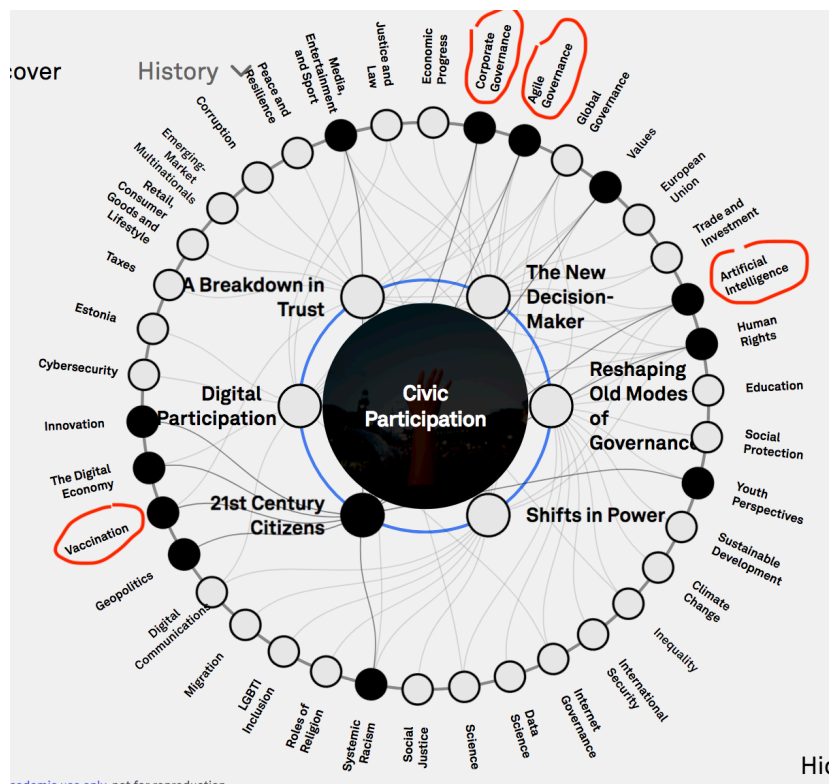
Civic Participation: The New Decision-Maker

Curation: Missions Publiques

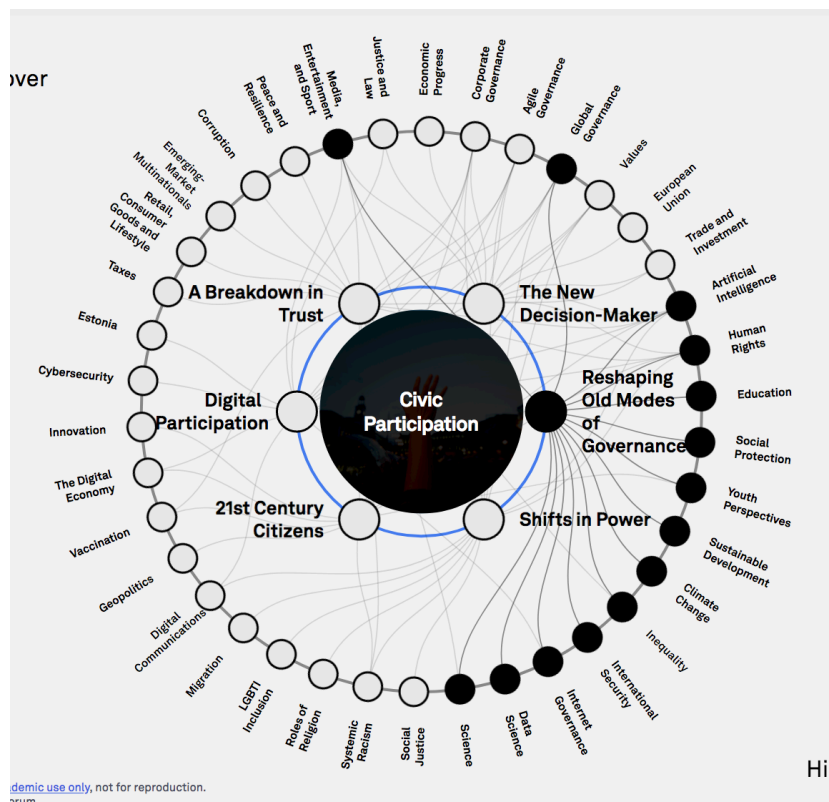
The average citizen is being given more decision-making power, though that may not always be a good thing

Traditionally, people in power have been cautious about participatory processes they cannot control. But the tide is turning. Decision-makers around the world, both in the public and private sectors, are becoming increasingly open to hearing public voices. Granting more decision-making power to the average person can sometimes be viewed as a less-than-

Die Transformation Maps des WEF zeigen auf, wie die einzelnen Transformationsziele und Schritte zur Umsetzung in einem Netzwerk funktionieren und voneinander abhängen:



<https://intelligence.weforum.org/topics/a1Gb000000pTDZEA2/key-issues/a1Gb00000044FRJEA2>



Weitere Informationen zur Agenda 21/2030 habe ich in meinem Blog zusammengetragen:

<https://wissenistdiebasis.blog/politik/agenda-21-und-2030/>

Wichtig zu wissen:

„Lokale und regionale Regierungen sind das Herz der globalen Agenda 2030“:



Die Implementierung und Umsetzung der Agenda 2030 erfolgt regional.

Die Zeit läuft:

<https://focus2030.org/Focus-2030-s-Rapid-Reaction-Fund>



Our work
Data
Innovation
Development

Quick links
Terms of Use
Focus 2030 - bylaws

FOCUS 2030
33 rue du Mail
75002 Paris
Contact us ✉

